

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Medienberichte über Ihr Treffen mit Ihrem tschechischen Amtskollegen Milos Zeman nehmen wir zum Anlass, uns mit einem offenen Brief an Sie zu wenden. Sowohl in österreichischen als auch tschechischen Berichten ist die Rede davon, dass die „Sicherheit“ von Atomkraftwerken als gemeinsames Interesse hervorgehoben wurde, und des Weiteren, dass Sie, Herr Dr. Fischer, versichert haben, jedes Land könne selbst entscheiden, auf welche Weise Energie produziert werde.

An diesem Punkt melden wir jedoch entschieden Widerspruch an. Die „Freiheit“, mit Atomanlagen ein grenzüberschreitendes Bedrohungspotential zu schaffen, ist seit Tschernobyl, spätestens aber nach Fukushima nicht mehr akzeptabel. Während bei Nachbarländern, die beide Atomanlagen betreiben, eine wechselseitige Bedrohung vorliegt, bei der wechselseitige Vorwürfe diskutabel sein mögen, ist die Österreich betreffende Situation fundamental anders. Wir bedrohen niemanden und müssen uns daher eine Bedrohung aus einem Nachbarland auch nicht gefallen lassen.

Mit dem europäischen Stresstest für Kernkraftwerke ist in Europa de facto anerkannt worden, dass auch bislang für „hypothetisch“, d. h. nicht berücksichtigungswert gehaltene Unfallszenarien in der Tat eintreten können. Schlimmer noch: Es treten immer neue Unfallabläufe ein, die zuvor überhaupt nicht bedacht wurden. Angesichts der dramatischen Gefahren und des mehr als fragwürdigen „Nutzens“ – Atomenergie ist bekanntlich weder sicher noch sauber noch billig noch auf Dauer verfügbar noch klimaschonend – ist der Ausstieg aus der Nukleartechnologie nach wie vor das Gebot der Stunde.

Da weder die Ressourcenlage noch die Klimaproblematik ein Zurück zu fossilen Brennstoffen zulassen, ist die Energiewende hin zu deutlich gesteigerter Effizienz und erneuerbaren Energien überfällig.

Von unseren politischen Vertretern erwarten wir daher, dass sie diese Strategie in den Vordergrund stellen und im Übrigen der oberflächlichen und längst überholten Sicherheitsrhetorik mit klaren Argumenten entgegentreten. Im Zusammenhang mit der Atomkraft sind kurz- und mittelfristig zu lösende Kernfragen, wie grenzüberschreitende Alarm-, und Katastrophenpläne, unmissverständlich anzusprechen. Wie sollen diese überhaupt realistisch funktionieren? Können Notfallmaßnahmen und Evakuierungen mit ganz Budweis oder Prag vorexerziert werden? Übernehmen Tschechien und die Atombetreiberstaaten insgesamt die volle Schadenshaftung?

Der Widerstand gegen die Atomenergie, der Österreich 1978 zum Vorreiter eines qualifizierten Ausstiegs aus der Atomkraft werden ließ, liegt daher nicht zuletzt auch im Interesse der Bevölkerung unserer Nachbarstaaten.

Prof. Dr. Reinhold Christian, Doz. Dr. Peter Weish für das *Forum Wissenschaft & Umwelt*

Patricia Lorenz für *Global 2000*

Maria Urban für die *Wiener Plattform Atomkraftfrei*

Christiane Schmutterer für die *ARGE ja zur Umwelt, nein zur Atomenergie*

DI Manfred Doppler für das *Das Anti Atom Komitee*

Hildegard Breiner für den *Österreichischen Naturschutzbund Vorarlberg*

Hans Kutil für den *Österreichischen Naturschutzbund Salzburg*

Roland Egger für *atomstopp-atomkraftfrei leben!*

Isolde Schönstein für die *ARGE Schöpfungsverantwortung*

Mag. Heinz Stockinger für die *Plattform gegen Atomgefahren*

Wilfried Leisch für die *GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg*

Gottfried Brandner, Bernhard Riepl für *Gemeinsam für Sonne und Freiheit* sowie *Waldviertler Energiestammtisch*

Matthias Reichl für das *Begegnungszentrum für Gewaltlosigkeit*

Hermann Ölberg für die *Arbeitsgemeinschaft für Atomkraftfreie Zukunft (AFAZ)*

Mathilde Halla für *SENECA*